

Ressort: Politik

Bundesregierung bemüht sich im Fall Sami A. um Zusagen Tunesiens

Berlin, 22.08.2018, 07:46 Uhr

GDN - Im Fall des rechtswidrig abgeschobenen tunesischen Gefährders Sami A. ist das Auswärtige Amt erneut aktiv geworden. Die Bundesregierung bemüht sich aktuell um eine diplomatische Zusicherung Tunesiens, Sami A. nicht zu foltern, berichtet die "Rheinische Post" (Mittwochsausgabe).

Es hieß, man sei nach den Gerichtsurteilen erneut mit den dortigen Behörden in Kontakt getreten, "um gemeinsam eine möglichst rasche Lösung zu finden". Auf Bitten des NRW-Integrationsministeriums habe man außerdem verschiedene Verbalnoten an die tunesische Regierung übermittelt. Dabei ging es zunächst in zwei Noten um Fragen der Rückführung von Sami A. nach Deutschland und um dessen Behandlung in Tunesien. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte am vergangenen Mittwoch die Abschiebung A.s letztinstanzlich für "evident rechtswidrig" erklärt. Die Behörden müssen sich deswegen darum bemühen, A. wieder nach Deutschland zu holen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-110704/bundesregierung-bemueht-sich-im-fall-sami-a-um-zusagen-tunesiens.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com